

Bremen Maßarbeit bei Verwaltungsleistungen

[7.9.2022] 2019 begann in Bremen ein Projekt, in dem der Senat, verschiedene Kammern und Verbände sowie IT-Dienstleister Dataport kooperierten, um digitale Verwaltungsdienste entlang der realen Bedarfe von Unternehmen zu entwickeln. Nun hat der Senat die Projektergebnisse vorgelegt und die Fortsetzung beschlossen.

In Bremen hat der Senat im Rahmen eines ressortübergreifenden Projekts die Top Ten Verwaltungsleistungen für die Wirtschaft identifiziert und im Anschluss digitalisiert. Das Besondere an dem Projekt, das 2019 seinen Anfang nahm: Die Kammern und Unternehmensverbände sowie IT-Dienstleister Dataport waren aktiv an dem Prozess beteiligt. Die Umsetzung erfolgte entlang der tatsächlichen Bedarfe der Unternehmen im Land Bremen (wir berichteten). Dieser Arbeitsprozess stand im Kontext der OZG-Umsetzung, geht aber darüber hinaus, heißt es vonseiten des Senats.

Ende August 2022 hat der Senat die Ergebnisse des Kooperationsprojekts beraten. Eine Fortsetzung der erfolgreichen Kooperation mit der Handelskammer, der Handwerkskammer und den Unternehmensverbänden wurde beschlossen.

Das bisherige Projekt war in drei Phasen unterteilt. Zunächst wurden die Unternehmen online nach den Verwaltungsleistungen mit dem höchsten Digitalisierungs- beziehungsweise Optimierungsbedarf befragt. Stark nachgefragt waren unter anderem die Handelsregistereintragung, die Bescheinigung in Steuersachen und die Gewerbeanmeldung. Alle identifizierten Leistungen wurden analysiert und Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Diese wurden von den jeweiligen Fachressorts dann umgesetzt. Je nach Bedarf wurden neue Online-Dienste entwickelt sowie Verwaltungsprozesse optimiert und transparenter gemacht. Dennoch bleibe weiterhin viel zu tun. Aus diesem Grund sei das Kooperationsprojekt mit den Kammern und Unternehmensverbänden kein Einmalprojekt. Der aktuelle Senatsbeschluss sichere die Fortführung der gemeinsamen Arbeit im Interesse der Wirtschaft im Land Bremen, erklärte Finanzstaatsrat Martin Hagen. Nun komme es darauf an, interne Prozesse der Verwaltung zu optimieren, sagte Matthias Fonger, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Bremen. So sei es möglich, die Zufriedenheit der Nutzer von Verwaltungsleistungen zu erhöhen und für mehr Transparenz beim öffentlichen Handeln zu sorgen. (sib)

Zum Abschlussbericht und den Projektergebnissen (Deep Link)

Stichwörter: Politik, Dataport, Bremen, OZG

Quelle: www.move-online.de